

Motion Florence Pärli Schmid (JF): Einführung einer Ausgaben- zur Schuldenbremse!

Der Gemeinderat wird damit beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen, mit der auf Gesetzesstufe festgelegte und damit verbindliche Vorgaben zur Sicherstellung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes, insbesondere was das Verhältnis von Konsumausgaben und Fremdfinanzierung angeht, festgelegt werden. Die Vorgaben müssen mittels einschlägiger Kennzahlen messbar sein.

Begründung

«Nachhaltige Politik muss sicherstellen, dass auch kommenden Generationen politischer Gestaltungsspielraum verbleiben. Die Finanzen der öffentlichen Hand geben hierfür den Rahmen vor. Nachhaltige Finanzpolitik ist daher Grundlage jeglichen politischen Handelns. Jeder Haushalt, ob privat oder öffentlich, kann über eine längere Zeitperiode nicht mehr Geld ausgeben als er einnimmt. Um die zuständigen Organe bei der nachhaltigen finanzpolitischen Steuerung zu unterstützen, braucht es einen langfristig gültigen Rahmen mit verbindlichen Eckwerten.» Diese Einleitung findet sich in der von der Finanzverwaltung ausgearbeiteten Finanzstrategie von Juni 2021, abrufbar unter <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/finanzen/finanzstrategie/ftw-simplelayout-filelistingblock/finanzstrategie-der-stadt-bern.pdf/download> (zuletzt besucht am 25.04.24). Mithin wird der Handlungsspielraum kommender Generationen vor allem durch Schulden eingeschränkt. Inwiefern sich das auswirkt, zeigen frühen 90er-Jahre. In diesen Jahren waren die verzinslichen Schulden der Stadt Bern dramatisch von rund CHF 800 Mio. auf fast CHF 1.8 Milliarden angewachsen. Städteneinnahmen wurden zu einem zu grossen Teil in laufende Konsumausgaben gesteckt und zu einem zu kleinen Teil in die Sanierung und die Investition in kommunale Infrastruktur. Zu dieser Zeit waren Zinsen hoch, weshalb die Stadt Bern Ende der 90er Jahre allein für ihren Schuldendienst CHF 85 (!) Millionen Zinsen pro Jahr entrichten musste. Kantonale Vorgaben zwangen die Stadt Bern wegen ihrer Schuldenlast in ein strenges Finanzsanierungskorsett (Bericht zur Verschuldungssituation der Stadt Bern von 2017, abrufbar unter <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/finanzen/schuldenbericht/archiv-1/bericht-zur-verschuldungssituation-der-stadt-bern.pdf/download>, zuletzt besucht am 25.04.24). Das «All In» der frühen 90er-Jahre rächte sich also erst später. In der erwähnten Finanzstrategie wird ausgeführt, dass – damit ein Haushalt finanziell nachhaltig und stabil entwickelt werden kann – folgende finanzpolitischen Steuerungsbereiche zielgerichtet gestaltet und aufeinander abgestimmt werden müssen:

- Erfolgsrechnung
- Kapitalstruktur und Verschuldung
- Investitionen und Selbstfinanzierung

Für die Messung der Steuerungsbereiche nennt die Finanzstrategie vier Instrumente (also sogenannte Kennzahlen), denen zudem (Mess-)Ziele zugeordnet wurden.

1. Ergebnis der Erfolgsrechnung

Mess-Ziel: Das operative Ergebnis (Ergebnis vor ausserordentlichen Posten) der mehrstufigen Erfolgsrechnung muss über einen Zeitraum von sechs Jahren (vier Jahre Rechnung, ein Jahr Budget, ein Jahr Planung) mindestens ausgeglichen sein.

2. Selbstfinanzierungsgrad

(Welcher Anteil der Nettoinvestitionen kann aus eigenen Mitteln finanziert werden?) Mess-Ziel: Über eine Zeitperiode von sechs Jahren (vier Jahre Rechnung, ein Jahr Budget, ein Jahr Planung) wird angestrebt, dass die Summe der Selbstfinanzierung (Ergebnis, Abschreibungen und Netto-

veränderung der Spezialfinanzierungen) der Summe der Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen entspricht. Ein entsprechender Selbstfinanzierungsgrad von 100% gilt als ideal, unter 100% ist er problematisch, unter 50% ungenügend.

3. Bilanzüberschuss/ Finanzpolitische Reserve

Mess-Ziel: Der Bilanzüberschuss und die Finanzpolitische Reserve sollen sich in konjunkturell guten Zeiten in einer Bandbreite von 120 - 180 Mio. Franken bewegen.

4. Bruttoverschuldungsanteil

Mess-Ziel: Der Bruttoverschuldungsanteil (Bruttoschulden im Verhältnis zum laufenden Ertrag) als Messgrösse für die zulässige Verschuldung liegt bei maximal 140 %. (Hinweis: Im IAFP 2017-2020 und also bevor Gemeinderat Thomas Aebersold Vorsteher der Finanzdirektion wurde, hatte sich der Gemeinderat zum Ziel genommen, den Bruttoverschuldungsanteil unter 100% zu senken. Ein Bruttoverschuldungsanteil von 140% gilt als mittel bis schlecht.)

Der Stadtrat hat die Finanzstrategie vor zwei Jahren am 28.04.24 zustimmend zur Kenntnis genommen. Am 04.04.24 hat der Gemeinderat die ersten Zahlen der Jahresrechnung 2023 publiziert. Der Stadt geht es, wie auch schon 2021 und 2022, einnahmeseitig ausgezeichnet; mit CHF 586 Mio. hatte sie 2023 einen Rekord an Steuereinnahmen. Noch vor 10 Jahren, per 31.12.2014, lag der Fiskalertrag bei CHF 452 Mio. Die Einnahmen werden aber nicht nachhaltig verwendet und insbesondere in Form von Investitionen angelegt, sondern stattdessen konsumiert. Aus diesem Grund hat die Stadt 2023 wiederholt – und aus Sicht der Motionärinnen unnötig – mit CHF 55 Mio. eine sehr hohe Summe an neuen Schulden aufgenommen. Trotz ausgezeichneter Ausgangslage, was die Einnahmen angeht, hat die Stadt Bern infolge ihres Konsums die in der Finanzstrategie festgelegten Ziele nicht bzw. kaum erreicht. Gemeinde- und Stadtrat treten also Jahr für Jahr ihre eigene Finanzstrategie mit Füssen und sie wiederholen ihre Fehler aus den 90er-Jahren: Alarmierend sind nämlich vor allem die Kennzahlen, was die Verschuldung betrifft: Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt per 31.12.23 sehr tiefe 61.4%, die Bruttoverschuldung beträgt 130.3%. Zum Vergleich: Der Durchschnitt des Selbstfinanzierungsgrads aller Gemeinden des Kantons Bern (inkl. die Stadt Bern) betrug per 31.12.2022 96.5% (vgl. Zusammenfassung der statistischen Daten zu den Gemeindefinanzen 2022 des Kantons Bern, abrufbar unter <https://www.ebericht.be.ch>, zuletzt besucht am 28.04.24). Die Stadt hat nun im Allgemeinen Haushalt CHF 1.564 Milliarden Bruttoschulden, in diesem Betrag sind die für die Sonderrechnungen (insbesondere Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik) und die Anstalten (insbesondere EWB) aufgenommenen Schulden (Bestand für Sonderrechnungen und Anstalten aufgenommene Schulden per 31.12.23: CHF 1.745 Milliarden, Bestand per 31.12.22: CHF 1.615 Milliarden) nicht eingerechnet. 2023 hatte die Stadt im derzeit zum Glück niedrigen (Minus-)Zinsumfeld für den Allgemeinen Haushalt rund CHF 47 Mio. Finanzaufwand (Zinsbelastungsanteil 2023: 1.7%, 2022: 1.3%, 2021: 1%). 2022 betrug der Finanzaufwand noch CHF 38 Mio. Zum Vergleich: Die Aufwände für die Polizei beliefen sich 2023 auf CHF 34 Mio. Eine Erhöhung der Zinsen um bloss 1% auf CHF 1.564 Milliarden ergäben ein Plus von CHF 15 Mio. Zinsen pro Jahr! Die Stadt schafft sich und vor allem ihren nächsten Generationen derzeit mit ihrer Neuverschuldung ohne Not eine risikobehaftete Hypothek. Die Stadtberner Finanzpolitik ist also nicht nachhaltig. Zur Sicherstellung, dass auch kommenden Generationen politischer Gestaltungsspielraum verbleibt, müssen deshalb auf Gesetzesstufe – und nicht nur in Form einer Strategie als Absichtserklärung – verbindliche Vorgaben festgelegt werden. Die Vorgaben haben einschlägigen Finanzkennzahlen zu entsprechen und sollen sicherstellen, dass Konsumausgaben in einem nachhaltigen Verhältnis zu Investitionen und damit einhergehender Fremdfinanzierung stehen. Mit anderen Worten muss sichergestellt werden, dass nicht länger mit dem heutigen Konsum unter gleichzeitigem massivem Schuldenanhäufen das Geld von morgen bereits heute ausgegeben wird

Bern, 02. Mai 2024

Erstunterzeichnende: Florence Pärli Schmid

Mitunterzeichnende: Thomas Hofstetter, Oliver Berger, Simone Richner, Ursula Stöckli, Nik Eugster, Tom Berger